Erscheint täglich früh 7 Uhr in der Expedition Marienstraße 13. Abonnementspreis vierteljährlich 22½ Ngr., durch die Post 25 Ngr. Einzelne Nummern 1 Ngr.
Auflage: 24000 Expl.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Inseraten-Annahme auswärts: Haasenstein und Vogler in Hamburg, Berlin, Wien, Leipzig, Basel, Breslau, Frankfurt a. M. — Rud. Mosse in Berlin, Leipzig, Wien, Hamburg, Frankfurt a. M., München. — Daube & Co. in Frankfurt a. M. — Fr. Voigt in Chemnitz. — Havas, Laffite, Bullier & Co. in Paris.

Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Unterhaltung und Geschäftsverkehr.

Druck und Eigenthum der Herausgeber: Liepsch & Reichardt in Dresden. Verantwortl. Redacteur: Julius Reichardt.

Inserate werden Marienstraße 13 angenommen bis Ab. 5 Uhr, Sonntags bis Mittags 12 Uhr. In Neustadt: große Klostergasse 5 bis Nachm. 4 Uhr. Der Raum einer einspaltigen Petitzeile kostet 15 Ngr. Eingesandt die Zeile 3 Ngr.

Eine Garantie für das nächsttägige Erscheinen der Inserate wird nicht gegeben.

Auswärtige Annoncen-Aufträge von uns unbekannten Firmen u. Personen inseriren wir nur gegen Pränumerando-Zahlung durch Briefmarken oder Postvorschuß. 9 Silben kosten 1½ Ngr. Auswärtige können die Zeitung auch auf eine Dresdnerschrift gewissen. Die Exp.

Nr. 133. Neunzehnter Jahrgang. Mitredacteur: Dr. Emil Bierey. Für das Feuilleton: Ludwig Hartmann. **Dresden, Mittwoch, 13. Mai 1874.**

Politisches.

Mit dem Herrenhause schiebt sich ein neues Versatzstück in dem parlamentarischen Schauspiel vor, das jetzt in Preußen aufgeführt wird. Das Herrenhaus — Gott weiß es! — wird nicht ungebührlich von Volksbeliebtheit belästigt. Es trägt auch keine sonderliche Sorge, sich in größere Gunst zu setzen. Augenblicklich richten sich die Blicke unserer preußischen Nachbarn deshalb auf seine Beschlüsse, weil es Stellung zu den vom Abgeordnetenhause erledigten anticlericalen Gesetzen und zu der Synodalordnung für die unirte Kirche Altpreußens zu nehmen hat. Der Ausschuß, an den es die Synodalordnung verwiesen hat, ist aus lauter strammen Gegnern des Cultusministers Dr. Falk zusammengesetzt. Die vermittelst des zu einer großen That aufgepufften „Pairsschubs" dem knorrigen Herrenhausbaume aufgepfropften regierungsfreundlichen Mitglieder bilden zwar, wenn sie auf ihrem Posten wären, die regierungssichere Mehrheit — vermöge angeborener oder anerzogener Trägheit überlassen sie jedoch der aufgeweckteren und rührigen Junkerpartei das Terrain. Es wird einer kräftigen Muskelbewegung des ministeriellen Einpeitschers bedürfen, um auf die stillen Räume des Herrenhauses, auf denen sonst Gras wächst, die ergebenen Regierungsanhänger zu treiben und die Synodalordnung durchzusetzen.

Ganz unerträglich wird das Gezänk der französischen Blätter und Parteien über die inneren Angelegenheiten Frankreichs. Nur selten wird einmal eine neue Walze in den Leierkasten gelegt, der seit Monaten die Melodie der Constituirung des Septennats, der Verfassungsgesetze u. dergl. abspielt. Noch unverständlicher erscheinen dem Auslande die Parteifehden der Spanier. Kaum ist das heldenmüthige Bilbao seiner Bedränger ledig, schon rücken die Getreuen Don Carlos' mit ungebeugtem Trotze zum abermaligen Angriffe vor — und doch stehen schon die politischen Parteien Spaniens einander erbittert gegenüber. Die Besetzung des Ministeriums Serrano's giebt den Zankapfel ab. Alle Fractionen erheben den Anspruch auf Berücksichtigung ihrer Mitglieder; die Republikaner wie die heimlichen oder offenen Alfonsisten, die Conservativen wie die Liberalen — alle verlangen einige der blauen Ministersessel für ihre Parteihäupter. Noch wird aber die spanische Erde manch kostbaren Tropfen Bürgerbluts trinken, ehe an die Einrichtung einer festen Regierungsform zu denken ist.

Der letzte „Kladderadatsch" zeigte Bismarck mit mächtigem Vollbarte. Die sich bessernde Gesundheit des Reichskanzlers hat aber dem Barbier Arbeit gegeben und dessen Messer ist bereits die üppige Zierde des Kinn's und der Backen zum Opfer gefallen. Eine Perrücke aber hat der Kanzler nie getragen, er wird sich nicht mit dieser falschen Behauptung schützen. Die historischen drei Haare sollen also noch immer unbedeckt gen Himmel starren und der Reichskanzler wird sich, wenn Gesundheit seine Adern durchpulst, in dem Exterieur zeigen, in dem er durch Witzblätter, Bilderbogen, Tabakspfeifen, Stickmuster, Photographien und Gypsbüsten populär geworden ist: ohne Perrücke und Demokratenbart — mit Schmurrwichs und dem dünnen Kranze blonder Haare um den hochgewölbten Schädel, von dessen Scheitel der dreihaarige Büschel weht.

Locales und Sächsisches.

— J. M. die Königin Mutter begab sich gestern Mittag ½1 Uhr per Eisenbahn mit verschiedenem Gefolge und Dienerschaft nach Jahnishausen, um in dem dasigen Schlosse für einige Wochen ihren Aufenthalt zu nehmen. JJ. MM. der König und die Königin hatten dieselbe bis zum Bahnhofe begleitet.

— Die Frau Erzherzogin Elisabeth, k. k. H., ist gestern früh 6 Uhr nach Prag abgereist.

— Se. Exc. der kaiserlich brasilianische außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Vianna de Lima Baron de Jauru ist im Hotel de Saxe abgestiegen.

— **Landtag.** In beinahe fünfstündiger Sitzung beendete am Montag Abend die zweite Kammer die Generaldebatte über die Reform der Steuergesetzgebung (Einführung der Einkommensteuer und Abänderung der Personal- und Gewerbesteuer). Mit Ausnahme von zwei ergriffen sämmtliche Mitglieder der Deputation das Wort, so daß es nur Vicepräsident Streit gelang — als Nichtdeputationsmitglied — auch seine Neigung zu decouvriren, was den Abg. Philipp veranlaßte, sein Mißbehagen über das Ausschließen aller anderen Abgeordneten vom Worte auszusprechen. Abg. Krause hatte gegen die Regierungs- resp. Deputations-Vorlage ein Sondergutachten eingebracht, in welchem er die Einkommensteuer verwirft, eine Aufhebung der die ländlichen Grundbesitzer drückenden Grundsteuer befürwortet und Einführung einer Steuer auf industrielle und ländliche Gewerbe empfiehlt. Alle Redner, mit Ausnahme Krause's, empfehlen Annahme der Deputationsanträge. Der Referent Gensel begann die Debatte mit den Worten, es sei dies die erste Vorlage, wo volles Einvernehmen zwischen Regierung und Kammer herrsche. Man habe keine ganze Reform gemacht, da man von früher her wisse, daß, wenn man Alles haben wolle, eben Nichts bekomme, weshalb denn auch oft eine kleine, aber mächtige, jeder Reform abholde Partei in der Kammer stark für dieselbe eintrete, in der sicheren Erwartung, daß eben gar nichts geschehen werde. Die Gesetzvorlage sei ein Probirstein für die Zukunft, nach gemachten Erfahrungen habe die nächste Kammer dann über die Beibehaltung der Einkommensteuer zu entscheiden und die ganze Reform zu vollziehen. Die Krause'schen Anträge bitte er abzulehnen, sie seien nur ein Sirenengesang für die Vertreter des platten Landes (Heiterkeit); auch ersuche er, den alten Streit zwischen Stadt und Land nicht wieder zu erneuern und diejenigen Herren, welche etwa eine Rede darüber halten wollten, sie bis zum nächsten Landtage aufzusparen. (Heiterkeit.) Walter hätte es mit einigen Modificationen lieber beim Alten gelassen; man müßte aber endlich etwas thun, damit, wenn nichts geschehe, Sachsen sich nicht vor ganz Deutschland lächerlich mache. Günther freut sich zwar sehr, in Krause einen so warmen Freund der landwirthschaftlichen Interessen zu finden; er, (Günther) sympathisire aber mit diesen seinen Anträgen so wenig, als mit seinen politischen. Er kritisirte dann die reine Einkommensteuer, welche mitunter den Charakter einer Confiscation annehmen könne, trotzdem aber hat er die Kammer, die Vorlage nicht abzulehnen, da sonst ein Stillstand in der Reform eintreten müsse. Man solle bedenken, daß Sachsen hinter den meisten Staaten Deutschlands in der Steuerfrage zurückstünde. Richter-Tharandt constatirt ebenfalls das Bedürfniß, für Sachsen eine Steuerreform vorzunehmen und hält die jetzige Vorlage für eine Unterlage derselben. Streit kann nur mit schwerem Herzen der Vorlage zustimmen, er erklärt sich auf das Entschiedenste gegen die gänzliche Aufhebung der Grundsteuer und bedauert, daß die Deputation es vorgezogen, das Einkommen gleich und nicht nach den verschiedenen Einkommenquellen zu erheben. Kirbach schließt sich Letzterem an und vertheidigt in längerer Rede die Einkommensteuer, auch als bestes Auskunftsmittel, endlich die Posten im Einnahmebudget, wie Lotterie, Stempelsteuer, Chausseegelder, verschwinden zu sehen. Er wendet sich dann gegen die auch von seinen Collegen gemachten Einwendungen gegen die allgemeine Einkommensteuer, welche er durch statistische Daten zu widerlegen sucht. Dr. Heine plaidirt für eine Vermögenssteuer neben der Einkommensteuer. Krause erwidert Gensel, daß er noch nie bemerkt, daß seine Sirenenstimme in diesem Saale besonders verlockt habe (große, zustimmende Heiterkeit), im Gegentheil gebe es viele Odysseuse, welche sich vorher, wenn auch nur moralisch, die Ohren verstopften. Dann suchte er in zwei langen Auseinandersetzungen sein Separatvotum zu vertheidigen und die Argumente seiner Gegner zu entkräften. Auch Minister v. Friesen ergriff im Laufe der Debatte einmal das Wort, um in kurzer Rede zu erklären, daß die Vorlage das Werk eines Compromisses sei, zu dessen Vaterschaft er sich bekenne; dadurch würden aber die Meinungen der Regierung nicht aufgegeben. Es sei daher kein Experiment und noch weniger eine Verzweiflung an der Reform, wie Krause gesagt, sondern eine nothwendige Zwischenstufe, um Erfahrungen und Material zu sammeln. Gegen Krause's Anträge erklärte sich, als gar nichts Positives bringend, der Minister auf das Entschiedenste. Krause dagegen behauptete, allein seine Anträge enthielten etwas Positives und bewegten sich nicht in der Verneinung. — Die gestrige Debatte über § 1 des Einkommensteuergesetzes war eigentlich nur eine Fortsetzung der allgemeinen Debatte von vorgestern Abend, indem die damals nicht zu Worte Gekommenen die ihnen heute gebotene Gelegenheit benutzten, ihre mehr oder minder abweichenden Ansichten von denen der Deputation darzulegen. Als Gegner trat zuerst der Veteran unserer Kammer, der ehrwürdige Riedel, auf. Derselbe war durchaus nicht mit der Vorlage zufrieden, er wäre lieber bei dem jetzigen Steuersystem geblieben, das stets einen guten Ruf genossen habe. Ueber Steuerdruck wäre stets geklagt worden, das würde auch von nun an nicht aufhören. Die Vorlage brächte uns eine neue Steuer; das Budget werde jedenfalls ein Deficit in der nächsten Finanz-Periode bringen; dieses müßte natürlich gedeckt werden durch höhere Steuern. Schnoor sprach erst sein Bedauern darüber aus, daß am vorigen Abend nur Deputationsmitglieder zu Worte gekommen, dann ging er aber auf eine vollständig abfällige Kritik der Vorlage ein. Derselbe erklärte, die Grundsteuer sei nur eine Grundrente, welche dem Staate gehöre (stürmische Oho's rechts), Steuererhöhung sei jedenfalls vorauszusehen. Die Vorlage wäre in Zuckerpapier gewickelt, damit sie besser den Mund süß mache. Er warne die Kr., dieses Gesetz anzunehmen, es könne später Reue verursachen. Haberkorn motivirte zwei von ihm eingebrachte Anträge, setzte ebenfalls Mehreres an der Vorlage aus und möchte sogar der Volksvertretung nach erstmaliger Einschätzung anderweite Prüfung der Principien vorbehalten. Jordan und Uhlemann treten unter gewissen, mitunter sehr weitgehenden Cautelen der Regierungsvorlage bei. Letzterer war besonders skeptisch und bezeichnet ebenfalls den Gesetzvorschlag als ein Experiment, worauf ihm Günther erwiderte: er (Uhlmann) möge sich doch daran erinnern, daß er früher ein großer Enthusiast für die Einkommensteuer gewesen sei. Fahnauer sprach für die Deputation. Penzig in deren Sinne, Schnoor gegen dieselbe. Der erste Paragraph: „Im Königreich Sachsen wird eine allgemeine Einkommensteuer erhoben. Gegenstand der Steuer ist das reine Einkommen, gleichviel, ob dasselbe aus Grundstücken, aus Renten- oder Kapitalbesitz, aus einer mit Gehalt oder Lohn verbundenen Stellung oder aus gewerblichen oder sonstiger gewinnbringender Thätigkeit herrührt", wurde gegen 13 St. angenommen. Der darauffolgende § 3 befaßt sich mit „die Beitragspflicht der physischen Personen." Es handelt sich dabei um die Beitragspflicht der sächs. Staatsangehörigen, welche ihren Wohnsitz in Sachsen haben oder wenn sie im Auslande leben, mit ihrem gesammten Einkommen, oder wenn sie in einem andern deutschen Staate leben, ohne zugleich in Sachsen einen Wohnsitz zu haben, mit demjenigen Einkommen, welches aus sächs. Grundbesitz oder aus einem in Sachsen betriebenen Gewerbe herrührt, ebenso Einkommen aus Gehalten, Pensionen und Wartegelder aus sächsischen Staatskassen. Nicht sächsische Deutsche hatten für die Einkommensteuer, wenn sie (ohne Wohnsitz im Heimathslande oder anderswo im Reiche zu haben) in Sachsen wohnen, mit ihrem ganzen Einkommen; ebenso in allen übrigen Fällen mit dem Einkommen aus sächs. Grundbesitz, in Sachsen betriebenem Gewerbe oder Gehalt, Pension und Wartegeld aus sächs. Staatskassen. Ausländer endlich mit dem Einkommen, welches sie während eines ununterbrochenen Aufenthalts von einem Jahre resp. eines unterbrochenen von drei Jahren, in Sachsen erwerben oder nach Sachsen beziehen; dann, wenn sie in Sachsen ein Grundstück besitzen oder eine Gewerbsthätigkeit ausüben, mit dem aus diesen Quellen herrührenden Einkommen. Es kam nur über den Antrag Kirbach's zur größeren Verhandlung: die in Sachsen zwar Staatsangehörigen, aber im Auslande Wohnenden zur Einkommensteuer nicht zuzuziehen, da es unmöglich sei, in Honolulu, Cochinchina u. s. w. von den daselbst sich aufhaltenden Sachsen die Steuer einzutreiben. Dagegen wurde die Annahme des Deputationsantrages von Richter, Minister von Friesen empfohlen in Bezug auf zahlreich im nahen Oesterreich lebende, in Sachsen mit Grundstücken angesessene und dort Gewerbe treibende (ohne im Lande selbst zu wohnen) Staatsangehörige. Nach längerer, wenig interessanter Debatte wurde Kirbach's Antrag von der Kammer mit 37 gegen 25 Stimmen abgelehnt. Gleichfalls fiel ein Antrag Streit's. Der § 3b (Beitragspflicht der Kinder) wurde ohne Debatte, der § 4 (Beitragspflicht der juristischen Personen) ohne ernstliche Debatte unter Ablehnung mehrerer Anträge, § 5 (Beschränkung der Beitragspflicht, § 5b (Befreiung derjenigen Personen, deren Einkommen 450 Mark nicht übersteigt) mit der Modification angenommen, daß vorgenannte Personen nur Befreiung genießen, wenn wegen gänzlichen Unvermögens ein Beitrag von ihnen nicht zu erlangen ist.

— Abg. Dr. Minckwitz hat Bericht erstattet über das Departement des Aeußern und die Frage wegen „Unterhaltung der Gesandtschaften". Die Regierung hat erklärt, aus wirthschaftlichen Gründen die Vertretung Sachsens am Wiener Hofe nicht aufgeben zu können. Für die Gesandtschaft in München spreche namentlich der Umstand, daß Baiern durch das Gewicht seiner Stimme im Bundesrathe ebenso wie durch seine ganze Haltung und die moralische Bedeutung derselben von dem größten Einflusse nicht nur auf die Beschlüsse des Bundesrathes, sondern auch auf die Gestaltung der inneren Verhältnisse des Reiches ist, und daß es daher insbesondere für die größeren Bundesstaaten von erheblichem Werthe sein muß, sich in fortlaufender Verbindung mit der bairischen Regierung und in steter Kenntniß ihrer Ansichten und Auffassungen zu erhalten. Die Abgg. Uhlemann, Haberkorn und v. Oehlschlägel erkennen diese Gründe als durchschlagend und befürworten die Beibehaltung beider Gesandtschaften. Die Abgg. Dr. Minckwitz, Beck, Starke-Mittweida und Oehmichen glaubten an dem Grundgedanken festhalten zu müssen, daß es, nachdem die völkerrechtliche Vertretung des deutschen Reiches laut der Reichsverfassung auf den Kaiser übergegangen, im deutschen Gesammtinteresse für geboten zu erachten sei, darauf hinzuarbeiten, daß das Princip der einheitlichen völkerrechtlichen Vertretung im deutschen Reiche zur allgemeinen Geltung komme, wenn schon die Verfassung den einzelnen Staaten das Recht, Gesandte bei auswärtigen Mächten auf eigene Kosten zu halten, gelassen hat. Für den preußischen Staat existire keine Sondervertretung mehr bei auswärtigen Staaten. Uebrigens lasse sich die Erledigung materieller Angelegenheiten mit auswärtigen Mächten am besten durch Specialbevollmächtigte bewerkstelligen. Aus diesen Gründen beantragt dieser Theil der Deputation, den Wiener Gesandtschaftsposten am 1. Januar 1875 einzuziehen. — Was jedoch die Münchener Gesandtschaft betrifft, so theilen sich die erwähnten vier Mitglieder der Deputation wiederum in zwei Theile. Dr. Minckwitz, Starke und Oehmichen sagen: So lange die deutsche Reichsverfassung den Bundesrath in seiner jetzigen Gestaltung beibehält, so lange die Verwaltung im Reiche nicht durch verantwortliche Minister geführt wird, so lange in allen Zweigen der inneren Reichsverwaltung die dem Reiche nicht verantwortlichen preußischen Minister maßgebend sind, können auch die Consequenzen nicht beseitigt werden, welche diese Einrichtungen mit sich bringen. Preußen unterhält Gesandte aus Preußischen Mitteln bei den Regierungen der sämmtlichen bedeutenden Einzelstaaten des deutschen Reiches mit der ausgesprochenen Absicht, in ihnen ein bequemes Mittel zu haben, um auf das Auftreten der einzelnen Regierungen und deren Stimmabgabe im Bundesrathe im preußischen Interesse einzuwirken. — Was aber dem Einen recht ist, muß für den andern als billig erachtet werden. So lange also Preußen bei den Einzelstaaten Gesandte unterhält, wird es auch den übrigen Einzelstaaten nicht zu verargen sein, wenn sie durch gegenseitige ständige Gesandtschaften sich ein Mittel erhalten, im fortwährenden Einvernehmen und in steter Kenntniß ihrer gegenseitigen Ansichten und Auffassungen zu verbleiben, um im gegebenen Falle für ihre gerechten Interessen zu wirken. Aus diesen Gründen empfehlen auch diese drei Deputations-Mitglieder die Beibehaltung der Münchener Gesandtschaft. Nur der Abg. Beck kann diesen Ausführungen nicht beitreten, hält vielmehr auch jetzt die ständige Gesandtschaft in München für entbehrlich und beantragt deren Einziehung.

— In einer uns vorliegenden und demnächst in der 2. Kammer zur Berathung gelangenden Petition, in welcher die Uebernahme der im Bau begriffenen Zwickau-Falkensteiner Eisenbahn für Rechnung des Staates gewünscht wird, ist nachgewiesen, daß diese Bahn eine Correcturlinie der bekanntlich nicht gut angelegten vogtländischen Bahn ist, indem sie die Linie Zwickau-Herlasgrün-Eger, um ziemlich 3 Meilen abkürzt und die Städte Lengenfeld und Auerbach in ganz nahe Verbindung bringt. Auch müsse diese Bahn durch directe Verbindung mit den großen Zwickauer Steinkohlenwerken und der erwähnten Abkürzung sehr frequent werden. Die Rentabilität müsse, zumal die Baukosten ohne Terrainschwierigkeiten nicht zu hoch kommen, namentlich für den Staat eine sehr gute werden, weil dann die Anschlußbahnhöfe in Zwickau und Falkenstein gar nicht gebraucht würden. Ferner wird hervorgehoben, daß wenn an der großen Göltzschthalbrücke durch Natur- oder Kriegsereignisse etwas passiren sollte, die erwähnte im Bau begriffene Bahn zur Bewältigung des Verkehrs geradezu unentbehrlich sei. Die Zeit zum Ankauf seiten des Staates könne aber, weil jetzt die Anschlußbahnhöfe noch nicht gebaut sind und die Actien niedrig stehen, kaum wieder so günstig kommen als jetzt; weshalb man die günstige Zeit nicht wie bei der Albertsbahn vorübergehen lassen möge.

— Dem Landtage sind zwei neue königl. Dekrete zugegangen, die Beschaffung der Geldmittel behufs Einziehung der Kassenbillets, was durch eine Anleihe beim Reichsinvalidenfonds bewirkt werden soll und ein Entwurf, betreffend die Todeserklärung der im Kriege 1870-71 vermißten Personen.

— Der Rath hat beschlossen, dem hiesigen Stadtbezirksarzt Dr. Riedner für seine verdienstliche Thätigkeit während der vorjährigen Cholera-Epidemie in unserer Stadt eine Gratification von 200 Thlr. zu gewähren. Ebenso hat der Rath die Verlegung des Neustädter Wochenmarktes auf den Platz an der Dreikönigskirche und die angrenzenden Straßen, beschlossen und diese Angelegenheit an die Marktdeputation überwiesen. — Betreffs einer Erhöhung der Hundesteuer, welche vorzugsweise sich nur auf Luxushunde erstrecken soll, ist nach eingehender Berathung mit Stimmenmehrheit beschlossen worden, den Steuersatz für jeden Hund auf 3 Thlr. festzustellen, da sich der Begriff eines Luxushundes nicht ausreichend speciell festsetzen läßt.

— Der erste Termin der Bürgersteuer ist bis zum 15. d. zu entrichten, die rechts der Elbe wohnhaften Bürger können dieselbe in der Neustädter Steuereinnahme bezahlen, woselbst auch der zweite Termin gleichzeitig angenommen wird.

— Der neuen Wasserleitung wegen ist die Waisenhausstraße vom Dippoldiswaldaer Platz bis zur Pragerstraße für den Fahrverkehr gesperrt.

— Unsere friedliche Stadt ist vorgestern Abend im tiefsten Frieden durch den Donner der Geschütze alarmirt worden. Abends in der 9. Stunde ertönten Schüsse und da bei dem andauernden Regen ein plötzlicher Wasserwuchs nicht unmöglich schien, so verbreitete sich im Nu das Gerücht: in Böhmen, in Prag, seien großartige Wolkenbrüche gefallen. Sowohl in den Theatern wie in den sonstigen Vergnügungslocalen ward man unruhig und die Elbufer waren von Neugierigen belagert. Und was war es? Der hier jetzt tagende Ingenieur-Verein hatte per Dampfschiff eine Vergnügungsfahrt nach Blasewitz unternommen, und beim Vorbeifahren an den brillant erleuchteten städtischen Wasserwerken hatten die betreffenden Arbeiter mit der größten Naivetät den Bock geschossen, etwa 12—15 Mal determinirt mit Böllern und französischen Schlägen zu schießen, um ihrer Festfreude Ausdruck zu geben. Da wird wohl ein Rüffelchen oder sogar ein Rüffel nicht ausbleiben.

— Der hier jetzt tagende Sächsische Ingenieur- und Architektenverein hat vorgestern den Bau des neuen Polytechnikums unter